

Herausgeber:
Gerhard Wettig
Geschäftsführender Herausgeber
Hans Apel
Herbert von Borch
Klaus Ritter
Walter Scheel
Helmut Schmidt
Horst Teltschik
Richard von Weizsäcker

AUSSEN POLITIK

**Zeitschrift für
internationale
Fragen**

Jens van Scherpenberg
Krise der Wirtschaft — Krise der europäischen Integration?

Jürgen Nötzold
**Der östliche Teil Europas — Randgebiet oder Bestandteil
der europäischen Integration?**

Peter Schmidt
Frankreichs Ambitionen in der Sicherheitspolitik

Martin List
Der Westen und die Sicherheit östlicher Kernkraftwerke

Gerhard Wettig
Das gescheiterte Experiment des Sowjet-Sozialismus

Olga Alexandrova
Divergenzen im russischen außenpolitischen Denken

Josef Bata
Serbiens geheime Auslandskontakte

Klaus Frhr. von der Ropp
Konturen einer neuen Verfassung für Südafrika

Gerhard Will
Die Wahlen in Kambodscha: Bilanz einer UN-Mission

Christiane Kesper / Hans-Joachim Lauth / Sven Schwersensky
Europäische Entwicklungspolitik nach dem Vertrag von Maastricht

Neue Literatur: Bücher

44. Jahrgang

4/93

4. Quartal 1993 Verlagsort Hamburg DM 12,50

AUSSEN POLITIK

Zeitschrift für internationale Fragen

Jg. 44 4. Quartal 1993

Jens van Scherpenberg Krise der Wirtschaft — Krise der europäischen Integration?	315
Jürgen Nötzold Der östliche Teil Europas — Randgebiet oder Bestandteil der europäischen Integration?	326
Peter Schmidt Frankreichs Ambitionen in der Sicherheitspolitik	335
Martin List Der Westen und die Sicherheit östlicher Kernkraftwerke	344
Gerhard Wettig Das gescheiterte Experiment des Sowjet-Sozialismus	354
Olga Alexandrova Divergenzen im russischen außenpolitischen Denken	363
Josef Bata Serbiens geheime Auslandskontakte	373
Klaus Frhr. von der Ropp Konturen einer neuen Verfassung für Südafrika	383
Gerhard Will Die Wahlen in Kambodscha: Bilanz einer UN-Mission	393
Christiane Kesper / Hans-Joachim Lauth / Sven Schwersensky Europäische Entwicklungspolitik nach dem Vertrag von Maastricht	403
Neue Literatur: Bücher	412

HERAUSGEBER: Gerhard Wettig, Hans Apel, Herbert v. Borch, Klaus Ritter, Walter Scheel, Helmut Schmidt, Horst Teltschik, Richard von Weizsäcker.

REDAKTION: Dr. Gerhard Wettig, p. a. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon: 02 21-574 71 29, Fax: 02 21-574 71 10.

Beiträge in dieser Zeitschrift geben jeweils die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck und Vervielfältigungen nur mit Genehmigung der Redaktion.

VERLAG: INTERPRESS Verlag GmbH, Hartwicusstraße 3-4, D-22087 Hamburg, Telefon: (040) 2 29 06 09, Fax: 22 80 72 60, Verleger: Karin Reinecke.

Anzeigen: z. Z. ist Preisliste Nr. 13 gültig.
Druck: Wullenwever-Druck Heine KG, Grapengießerstraße 30, D- 23556 Lübeck.

BEZUGSPREISE: Jahresabonnement DM 50,- zzgl. Versandkosten. Studenten: 20% Rabatt, Bestellung nur beim Verlag. Preis des Einzelheftes DM 12,50.

Abbestellungen zum Ende des Berechnungszeitraumes mit einer Frist von sechs Wochen.

Konturen einer neuen Verfassung für Südafrika

Die Verhandlungen über die Verfassung des Post-Apartheid-Südafrika sind in die entscheidende Phase getreten. Anstelle der schwach gewordenen Regierung de Klerk verhandelt die Allianz von Afrikanischem Nationalkongreß und Südafrikanischer Kommunistischer Partei zunehmend mit der (konservativen) Afrikaaner Volksfront. Damit verschiebt sich das mögliche Verhandlungsergebnis von einem System institutionalisierter Machtteilung hin zu einer Teilung des Landes auf Kosten der Weißen („sacrificial partition“). In den zurückliegenden 20 Jahren entwickelte Klaus Frhr. von der Ropp, Köln, mit den ihm verbundenen liberalen afrikaansen Dissidenten vor allem in Beiträgen für diese Zeitschrift entsprechende Vorstellungen.

Erfolge und Mißerfolge internationaler Diplomatie im südlichen Afrika

Aus Moskau kommend konnte Ministerpräsident Franz Josef Strauß den südafrikanischen Staatspräsidenten Pieter Willem Botha im Januar 1988 davon überzeugen, daß die UdSSR ihre imperialen Ziele im südlichen Afrika aufgegeben hatte. Damit wurde jene britisch-amerikanisch-sowjetische Diplomatie möglich, die den Staaten im Süden des afrikanischen Kontinents erstmals die Chance gab, die Konflikte der Region mit friedlichen Mitteln zu lösen. Angesichts ihres rapiden Machtverfalls vermochte die Sowjetunion die ihr von London und Washington zugeordnete Rolle, mäßigend auf die ihnen lange Zeit eng verbündeten Befreiungsbewegungen Südafrikas und Namibias sowie auf die Regierungen Angolas und Mozambiques einzuwirken, nicht mehr auszufüllen. Jedoch war für die anglo-amerikanischen Unterhändler mit Botschafter Sir Robin Renwick an der Spitze schon damit viel gewonnen, daß die Sowjets ihre Diplomatie der Vermittlung nicht störten.

Dem Briten Renwick und seinem amerikanischen Mitstreiter Chester A. Crocker war klar, daß der Subkontinent im Chaos versinken würde, sollte ihre Diplomatie scheitern. Sie waren bemüht, zunächst den am ehesten regelbaren Konflikt in den Griff zu bekommen; dies auch im Sinn einer vertrauensbildenden Maßnahme zur Regelung der weiteren Konflikte. So konzentrierten sie sich auf die Entlassung Namibias in die international anerkannte Unabhängigkeit. Denn mit Resolution 435 des UN-Sicherheitsrates (SR) lag seit September 1978 ein entsprechender Plan vor. Hier Pretoria endlich zur Mitarbeit zu veranlassen, war den ausländischen Mittlern jedoch auch jetzt erst möglich, nachdem sie den weißen Südafrikanern zu verstehen gegeben hatten, daß die in Resolution 435 vorgesehene Umkehr der politischen Macht zu Gunsten der schwarzen Mehrheit zwar für die Siedlerkolonie Namibia, nicht jedoch für den Vielvölkerstaat Südafrika die adäquate Lösung sei.

Im März 1990 nutzten US-Außenminister James Baker und sein sowjetischer Kollege Eduard Schewardnadse ihren Aufenthalt in Windhuk anlässlich der Feierlichkeiten zur Unabhängigkeit Namibias, um erste Verhandlungen zur Beilegung des 1975 ausgebrochenen angolanischen Bürgerkrieges zu führen. Die Rolle der Briten beschränkte sich jetzt darauf, Kontakte zwischen den Regierungen in Pretoria und Luanda herzustellen. Im übrigen bezogen Washington und Moskau die portugiesische Diplomatie unter Führung des damaligen Staatssekretärs im Außenministerium, Jose Manuel Durao Barroso, in ihre Diplomatie ein. Ihr gelang im Mai 1991 der Abschluß des Vertrages von Lissabon, in dem Einzelheiten eines Waffenstillstands, der militärischen Entflechtung sowie zur Abhaltung UN-überwachter Parlaments- und Präsidentschaftswahlen geregelt waren. Letztere fanden, obwohl es zuvor nicht zu einer umfassenden Entflechtung der Streitkräfte der Bürgerkriegsparteien gekommen war und die UN infolge der Finanzmisere am East River nur etwa 700 Beobachter nach Angola entsandt hatten, im September 1992 statt. Die aus beiden Wahlen als Verliererin hervorgegangene Partei UNITA nahm den bewaffneten Kampf wieder auf, trug ihn erstmals auch in die Städte und kontrolliert seither den weitaus größten Teil Angolas.

Das Scheitern des angolanischen Friedensprozesses veranlaßte die Vereinten Nationen, die Entsendung eines zehnmal stärkeren Kontingents nach Mozambique vorzusehen. Basis des Friedensprozesses in Mozambique ist der Vertrag von Rom, der dank der Vermittlung von Persönlichkeiten der katholischen Kirche Italiens und Mozambiques sowie Diplomaten der USA, Italiens, Großbritanniens, Portugals und Rußlands im Oktober 1992 geschlossen wurde. Mitte 1994 sollen in Mozambique Wahlen stattfinden.

Die Erfolge in Namibia, die Mißerfolge in Angola und die Unwägbarkeiten der Entwicklungen in Mozambique sind für Briten und Amerikaner in erster Linie unter dem Gesichtspunkt wichtig, welches ihre Folgen für den innersüdafrikanischen Dialog über die Zukunft der Kap-Republik sind. Er muß um jeden Preis zum Erfolg geführt werden, soll das südliche Afrika überhaupt noch einmal die Chance zum Frieden und damit zur Entwicklung erhalten. Bis Anfang 1993 nannte sich die innersüdafrikanische Verhandlungsrunde „Konvention für ein Demokratisches Südafrika“ (Codesa). Seither nennt sie sich mit Rücksicht auf die seinerzeit hinzugekommenen Verhandlungspartner „Viel-Parteien-Verhandlungsforum“.

Die erste Codesa-Vollversammlung (Codesa 1) im Dezember 1991 wurde von Beobachtern gelegentlich als „*love in*“ beschrieben. Mochten diese und die folgende Verhandlungsrunde (Codesa 2 im Mai 1992) auch von dem latent wichtigen, militanten Panafrikanistischen Kongreß (PAC) und der schon damals starken Konservativen Partei (KP) boykottiert werden, so verhandelten mit der Allianz aus dem Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) und der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) sowie der Regierung des Staatspräsidenten Frederik Willem de Klerk doch erstmals die Schlüsselakteure des Südafrikakonflikts über dessen Beilegung. Außer einer Reihe marginaler Parteien war bei Codesa 1 und 2 außerdem die Inkatha Freiheits-Partei (IFP) vertreten.

Die von Codesa 1 ausgehende Zuversicht — manchmal schien im Konferenzort, dem Welthandelszentrum in Kempton Park/Johannesburg, sogar Euphorie zu herrschen — übertrug sich auf andere afrikanische Länder. Endlich — so deren Argumentation — schien ihr Jahrzehnte währender Kampf gegen Apartheid Früchte zu tragen. Endlich würden die schwarzen Südafrikaner unter Führung der ANC/SACP-Allianz ihre Geschicke selbst bestimmen können. Von Anfang 1992 an kam es zu einem nicht abbreißenden Besucherstrom auch weißer Südafrikaner in andere Staaten des Kontinents sowie offizieller Delegationen aus Ländern des schwarzen Afrika in die Kap-Republik. Selbst zahlreiche Flugverbindungen wurden wieder aufgenommen. Schließlich konnte die bis dahin verfernte Kap-Republik offizielle Kontakte zu einer ganzen Reihe anderer afrikanischer Staaten knüpfen. Mit Côte d'Ivoire, Marokko und Gabun wurden — wie zuvor nur 1967 mit Malawi — Botschafter und mit den meisten der Anrainerstaaten Handelsmissionen ausgetauscht. Politisch wichtiger war der offizielle Besuch, den der Klerk im April 1992 Nigeria abstattete, jenem afrikanischen Land also, das zuvor die südafrikanische Apartheid-Politik vehementer als jedes andere bekämpft hatte. Die Bedeutung dieses Besuchs war umso größer, als der nigerianische Staatschef Ibrahim Babangida seinerzeit auch Präsident der Organisation für Afrikanische Einheit war. Demgegenüber war es nachrangig, daß jetzt auch die freigewordenen Staaten des östlichen Mitteleuropa und Staaten in Osteuropa, darunter Rußland, diplomatische Beziehungen mit Pretoria aufnahmen.

Der wirtschaftliche Niedergang Südafrikas

Die Verhandlungen über das Post-Apartheid-Südafrika finden vor dem Hintergrund einer schlicht desolaten Wirtschaftslage statt. Dafür zeichnen vor allem folgende Faktoren verantwortlich: Apartheid führte zu einer kaum vorstellbaren Aufblähung der staatlichen Verwaltung und damit zur Verschwendung riesiger Summen Geldes. Letzteres gilt auch für die jahrzehntelang unternommenen Bemühungen um wirtschaftliche Autarkie. Bedingt durch die weltweite Rezession, sind die Erlöse für Rohstoffexporte drastisch zurückgegangen. Dasselbe gilt seit Jahren schon für den Goldexport. Seit den Unruhen von 1976/77 ist Südafrika politisch nie mehr zur Ruhe gekommen. Folglich fehlt seither das Vertrauen in- und ausländischer Finanzkreise in die Fähigkeit Pretorias, Stabilität zurückzugewinnen. Seit Beginn des Reformprozesses um die Jahreswende 1989/90 hat die Instabilität weiter um sich gegriffen. Eine einzige Zahl mag das belegen: Pro Tag werden jetzt in Südafrika 60 Menschen ermordet, davon etwa jeder zehnte aus politischen Gründen. Die von den USA — und in sehr viel geringerem Maße den EG-Staaten und Japan — seit Mitte der achtziger Jahre betriebene Sanktionspolitik hat die Wirtschaft Südafrikas, wie von ihren Initiatoren beabsichtigt, schwer getroffen; besonders wirksam waren die amerikanischen Sanktionen im Finanzbereich. Schließlich vermag bislang niemand präzise zu sagen, welches die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung des Post-Apartheid-Südafrika sein wird. Allein diese Ungewißheit ist es, die in- und ausländisches Kapital aus Südafrika unvermindert abwandern läßt.

Die Folge von alledem ist eine extrem hohe Arbeitslosigkeit, die landesweit längst die 50-Prozent-Marke erreicht hat und im östlichen Kap hier und da 70 Prozent betragen soll. Das südafrikanische Bruttoinlandsprodukt müßte um 6 Prozent pro Jahr wachsen, um auch nur alle neu auf den Arbeitsmarkt tretenden Jugendlichen beschäftigen zu können. Statt dessen sinkt es seit Jahren. So finden heute nur 7 Prozent dieser jungen Menschen Arbeit. Die anderen, die übrigens nahezu alle keinen Schulabschluß haben, schlagen sich im informellen Sektor, etwa im Straßenhandel, im Transportwesen oder mit Prostitution irgendwie durch oder vergrößern das Heer der Arbeitslosen. Letzteres führt zu einer horrenden Kriminalität, von der in erster Linie die Menschen in den Ghettos betroffen sind.

Demokratiefähigkeit der südafrikanischen Gesellschaft?

Aus unerfindlichen Gründen wird im Ausland praktisch nie die Frage gestellt, wie demokratisch oder zumindest demokratiefähig die südafrikanische Gesellschaft ist. Eher ist es verständlich, daß das auch in Südafrika selbst kaum geschieht¹. Jede der südafrikanischen Parteien wird sich selbst als demokratisch einstufen, jedoch zögern, auch den politischen Gegner als Demokraten anzusehen. Unter diesen Umständen würde es den ohnehin extrem schwierigen Verhandlungsprozeß nur belasten, wollten deren Teilnehmer die Frage nach der Demokratiefähigkeit ihrer Partner stellen. Ferner verhindert die Angst vor der Antwort, daß diese Frage aufgeworfen wird.

Unbestritten dürfte sein, daß das weiße Südafrika nie Interesse an der Entwicklung einer alle Bevölkerungsgruppen umfassenden Demokratie hatte. So wurde das schwarze Südafrika in den Widerstand bis hin zum bewaffneten Kampf gezwungen. Bis auf den heutigen Tag fehlt es zumindest dem politisch bewußten Teil der schwarzen Bevölkerung an Vertrauen in die Polizei, in die Justiz und die übrigen allesamt „weißen“ Institutionen des Staates. Folglich entwickelte sich eine Kultur des Faustrechts und damit letztlich allgemeiner Gewalt. Sie richtet sich jedoch nicht nur gegen die Bürokratie des de Klerk-Regimes. Vielmehr kennzeichnet Intoleranz auch den Umgang der schwarzen Oppositionsgruppen miteinander. Bekannt wurden vor allem die seit Mitte der achtziger Jahre anhaltenden Machtkämpfe zwischen IFP und ANC/SACP in KwaZulu, in Natal und in Ghettos um Johannesburg. Es kann keinem vernünftigen Zweifel unterliegen, daß reformfeindliche Kräfte der Polizei und des Militärs („Dritte Kraft“) hier hineinverstrickt sind². Letztere schüren die Konflikte, sie lösen sie jedoch nicht aus.

Kaum ein Beobachter der südafrikanischen Entwicklungen wird die IFP — auch heute noch ganz überwiegend die Partei konservativer Zulus — als demokratisch einstufen. Dasselbe sollte für den PAC gelten; dessen Wahlspruch „Ein Siedler, eine Kugel“ dürfte für sich selbst sprechen. Es grenzt an Manipulation, wenn in der

1 Siehe aber jüngst den vorzüglichen Beitrag von Vincent Maphai, *Democracy and intolerance*, in: *Die Suid-Afrikaan*, Februar/März 1993, S. 25-27. Ferner, ebenda, Elsabé Wessels, *Democracy in South Africa: Party — political viewpoints*, S. 14-18; Khehla Shubane, *Civics as a building ground for a democratic civil society*, S. 35-37, und Marie-Louise Ström, *Education for democracy in South Africa*, S. 46.

2 Dazu sehr informativ Robert von Lucius, „Kriegszone“ im Township Sebokeng/Schüren radikale Weiße schwarze Gewalt?, in: *FAZ*, 15. 7. 1993, S. 6.

internationalen Südafrika-Berichterstattung in der Regel nicht erwähnt wird, daß bei Veranstaltungen der mächtigen ANC-Jugendliga in der Regel die Parole „Tötet den Buren, tötet den Farmer“ skandiert wird. Auch läßt der Umstand, daß orthodoxe Kommunisten in den Führungsgremien des ANC stark vertreten sind, Zweifel am Demokratieverständnis des ANC aufkommen.

Es gilt unverändert die Bemerkung eines namentlich nicht bekannten Beobachters der Verfassungsgespräche: „Eine demokratische Kultur kann nicht durch Verhandlungen oder auf dem Wege der Gesetzgebung eingeführt werden“. Helen Suzman, die langjährige Oppositionsabgeordnete in Kapstadt, äußerte kürzlich die Sorge, die künftige Regierung Südafrikas werde von ihrer Vorgängerin „eine unregierbare Bevölkerung in wirtschaftlichem Ödland“ übernehmen. Gleichgültig, welches die Verfassung des Post-Apartheid-Südafrika sein wird, es wird nur mit drakonischen Notstandsgesetzen zu regieren sein. Bei alledem wird nicht übersehen, daß die Unterzeichnung des von kirchlichen Kreisen und der Geschäftswelt vermittelten „Nationalen Friedensabkommens“ im September 1991 sich durchaus positiv ausgewirkt hat. Ohne die Arbeit des hier geschaffenen „Nationalen Friedenssekretariats“ wäre Südafrika Mitte April 1993 nach der Ermordung von SACP-Generalsekretär Chris Hani vielleicht in Flammen aufgegangen. Eine außergewöhnlich wichtige Rolle spielt die von Richter Richard Goldstone präsierte „Untersuchungskommission zur Verhinderung von politischer Gewalt und Einschüchterung“ („*Goldstone Kommission*“). Auch ein Post-Apartheid-Südafrika wird diese im September 1991 geschaffenen Institutionen auf das Dringlichste benötigen.

Das Scheitern des Codesa-Prozesses

Unter Berücksichtigung des Vorstehenden war nicht zu erwarten, daß auf das „*love in*“ vom Dezember 1991 mit Codesa 2 im Mai 1992 erfolgreiche Verhandlungen folgen würden. Codesa 2 scheiterte, da es scheitern mußte. Die ANC/SACP-Allianz forderte für die Kap-Republik einen in Regionen gegliederten Zentralstaat, wobei die Regionen nicht politische, sondern nur administrative Einheiten sein würden. Außerdem verwahrte sie sich gegen den Vorschlag, in die Verfassung einen Passus aufzunehmen, der die Parteien des Landes zwingen würde, die Kap-Republik auf unbestimmte Zeit unabhängig von den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen in Koalitionen zu regieren. Genau das war im Mai 1992 und ist wohl immer noch³ die Strategie der Regierung de Klerk und der mit ihr kooperierenden anderen Minderheitsparteien, darunter der IFP. Sie waren (und sind) bemüht, in jeder nur denkbaren Form ihre Machtbeteiligung in der sonst von der Mehrheitsgruppierung ANC/SACP beherrschten Regierung sicherzustellen, und versuchen, dies auf drei Ebenen zu realisieren. In der neuen Verfassung soll festgelegt werden, daß die drei stärksten Parlamentsfraktionen auf Dauer (!) das Land gemeinsam regieren werden. Mit anderen Worten, es soll kein System des „der Wahlsieger regiert alleine“ geben. Über den (weißen) Beamtenapparat — seine Angehörigen sind übrigens weitgehend

³ Siehe dazu den allerdings umstrittenen Beitrag von Andrew Gowers and Michael Holman, *De Klerk Resists Black Majority Rule in South Africa*, in: *Financial Times*, 26. 5. 1993, S. 1.

der letztlich reformfeindlichen KP verbunden — werden die weißen Südafrikaner weiterhin großen Einfluß auf die Staatsorgane haben. Das gilt ganz besonders für die Streitkräfte, den Bereich der Finanz- und Wirtschaftspolitik und die Polizei. Schließlich forderte Pretoria für das neue Südafrika nicht die Verfassung eines in Regionen gegliederten Zentralstaates, sondern die eines stark dezentralisierten Bundesstaates.

Es fragt sich, ob die Regierung de Klerk ernstlich an die Möglichkeit einer Bundesrepublik Südafrika glaubt. Denn ihr ist bewußt, daß mangels demokratischer und, noch wichtiger, mangels rechtsstaatlicher Traditionen ein föderales System in Südafrika kaum funktionsfähig sein wird. Föderalismus ist in Südafrika nur unter dem juristischen Dach eines rigiden Notstandsregimes vorstellbar. So aber läßt sich der Südafrika-Konflikt nicht auf Dauer lösen.

Daß der Verhandlungsprozeß trotz des Scheiterns von Codesa 2, den anschließenden Massenaktionen von ANC, SACP und Cosatu sowie der Massaker von Boipatong und Bisho nicht scheiterte, war vorrangig auf den UN-Sicherheitsrat (SR) zurückzuführen, der ihn in den Resolutionen 765 und 772 zu stärken und damit zu retten bemüht war. Britische und amerikanische Diplomaten konnten hier in New York und vor Ort in Südafrika eine der wenigen ihnen verbliebenen Möglichkeiten nutzen, auf die Entwicklungen in der Kap-Republik einzuwirken. Erstmals in der langen Geschichte der Südafrika-Debatten des UN-Sicherheitsrats rangen dessen Mitglieder mit den Problemen der Kap-Republik. Jetzt mahnte der SR die Südafrikaner, die begonnenen Verhandlungen fortzuführen. Wichtig war ferner, daß er die Entsendung von UN-Beobachtern nach Südafrika beschloß. Das taten in der Folgezeit übrigens auch EG, Commonwealth und OAU. Alle Beobachter wurden in die Arbeit des Nationalen Friedenssekretariats einbezogen.

Es waren diplomatischer Druck der westlichen Staaten und die Einsicht in die desolaten wirtschaftlichen Perspektiven, die die Regierung und die Allianz von ANC und SACP im September 1992 ihre Verhandlungen wieder aufnehmen und das „Protokoll des Einvernehmens“ unterzeichnen ließen. Obwohl die anderen Codesa-Parteien daran nicht beteiligt waren, ist dieses Einigungspapier der damals (!) mit Abstand wichtigsten Akteure seither die Richtschnur aller Verfassungsverhandlungen. Kern dieser Absprache ist es, daß eine Verfassunggebende Versammlung (VV) gewählt werden wird. Im Juni 1993 wurde vereinbart, daß die Wahlen zu der VV Ende April 1994 stattfinden werden. Diese VV wird jedoch nicht souverän sein, sondern innerhalb eines verfassungsrechtlichen Rahmens entscheiden, auf den sich die Codesa-Parteien zuvor geeinigt haben. Daß überhaupt eine VV gewählt werden wird, ist ein wichtiges Zugeständnis der Minderheitsparteien NP, IFP u.a. an die Allianz ANC/SACP, die die Wahlen deutlich gewinnen wird, und an den PAC. Daß sie ihre Entscheidungen nur innerhalb des zuvor vereinbarten Rahmens treffen kann, ist umgekehrt ein wichtiges Zugeständnis von ANC/SACP an die Minderheitsparteien. Es würde angesichts der noch bestehenden Machtverhältnisse nicht überraschen, sollten alle wichtigen Entscheidungen noch vor der Wahl der VV getroffen werden und sich die Rolle der VV darauf beschränken, sie feierlich zu bestätigen.

In zwei weiteren wichtigen Punkten ist die Allianz ANC/SACP den Minderheitsparteien seither entgegengekommen: Auf den Vorschlag des SACP-Vorsitzenden Joe Slovo hin⁴ hat sie ihre Bereitschaft erklärt, unabhängig vom Ausgang der Wahlen im April 1994 Südafrika gemeinsam mit den anderen Parteien für fünf Jahre in einer „Regierung der Nationalen Einheit“ zu führen. Nach wie vor ist sie allerdings nicht bereit, dieses Prinzip gemäß den Vorstellungen der Minderheitsparteien für alle Zeit festzuschreiben. Außerdem haben ANC und SACP sich jetzt zur Föderalisierung Südafrikas bekannt. Streitig ist zwischen ihnen und den Minderheitsparteien jedoch, welche Befugnisse die künftigen Landesregierungen und welche die Bundesregierung haben sollen. Erst wenn hier eine Einigung erzielt sein wird, wird über die vielen anderen noch offenen Fragen der künftigen Verfassung Südafrikas zu verhandeln sein.

In der Öffentlichkeit ist die bislang noch nicht beschlossene Einsetzung des „Übergangs-Exekutivrats“ (TEC) auf besonderes Interesse gestoßen. Als eine Art Nebenregierung soll er Südafrika gemeinsam mit der Regierung de Klerk bis zu dem Tag führen, an dem nach den Wahlen von April 1994, wie bereits erwähnt, die „Regierung der Nationalen Einheit“ die Regierungsverantwortung übernehmen kann. Angesichts der Dominanz reformfeindlicher Kreise in den offiziellen Streitkräften (SADF) und der Polizei (SAP) sowie der Existenz der „Ystergarde“ der faschistischen „Afrikaner Weerstandsbeweging“ und der Marionettenstreitkräfte der Reserve Bophutatswana und Ciskei sowie der schlagkräftigen Polizei KwaZulus haben die ANC/SACP-Allianz und genauso der PAC ein vitales Interesse daran, bei der Führung von SADF und SAP ein Mitspracherecht zu bekommen. Denn ihre „Privatarmeen“ Umkhonto we Sizwe (MK) und Asianische Volksbefreiungs-Armee (APLA) werden den vorgenannten Streitkräften etwa im Fall eines Bürgerkrieges nicht Paroli bieten können. ANC/SACP, PAC und alle anderen verhandelnden Parteien werden durch die Teilhabe an dem TEC außer bei den Sicherheitskräften auch in allen anderen Ressorts „mitregieren“.

Das „Viel-Parteien-Verhandlungsforum“ — ein neuer Verhandlungsansatz

Von März/April 1993 bis Mitte Juli 1993 nahmen — außer den 24 Codesa-Parteien — der PAC und die sehr stark gewordene KP an den Verfassungsverhandlungen teil. Die Teilnahme des PAC an den Verhandlungen hinderte APLA allerdings nicht daran, gemäß PACs Wahlspruch „ein Siedler, eine Kugel“ seit Ende 1992 Farmen zu überfallen und die Eigentümer zu ermorden. Anders als die unzählbaren Mordtaten in den Ghettos — ihre Opfer waren ausnahmslos Schwarze — beunruhigten diese Vorkommnisse das weiße Südafrika. Es machte die Reformpolitik de Klerks für den in der Tat überall in der Kap-Republik anzutreffenden Zusammenbruch von Recht und Ordnung verantwortlich. Sehr viele Weiße wandten sich jetzt von de Klerk ab und unterstützen seither den moderaten und daher verhandlungsbereiten Flügel der KP. Intern vermochte sich die moderate Fraktion gegenüber der radikalen allerdings

⁴ Negotiations: What room for compromise?, in: The African Communist, 1992/3, S. 36-40.

bislang nicht durchzusetzen. Das führte dazu, daß die KP von März bis Juli 1993 bei den Verhandlungen im Welthandelszentrum zwar physisch präsent war, tatsächlich an ihnen aber nicht teilnahm. Mitte Juli kündigte sie ihre Teilnahme an den Verfassungsgesprächen ganz auf, da sich das Gros der anderen Parteien weigerte, über das Thema „Selbstbestimmung“, das heißt die Schaffung eines eigenen Staates der Afrikaner, zu diskutieren. Seither verfolgt die KP dasselbe Ziel mit anderen Mitteln, darunter der Androhung, aus Südafrika ein „afrikanisches Bosnien“ zu machen⁵.

Schon in der ersten Jahreshälfte 1993 wurden die Verfassungsverhandlungen zunehmend durch die Erodierung der Macht de Klerks und seiner in Südafrika einst fast allmächtigen NP nachhaltig belastet. Seit Ende 1989 hatte de Klerk mit zunehmender Radikalität die (Apartheid-)Ideologie seiner NP über Bord geworfen und das Programm der liberalen oppositionellen Demokratischen Partei (DP) übernommen. Die DP hatte zuvor bestenfalls knapp 25 Prozent der weißen Wähler hinter sich gebracht. De Klerk dürfte heute im wesentlichen nur noch auf ihre Unterstützung rechnen können. Mehr oder weniger alle weißen Südafrikaner (das sind 50 Prozent der weißen Gesamtbevölkerung), die zuvor mindestens 40 Jahre lang die NP gewählt hatten, dürften heute dem moderaten KP-Flügel sehr viel näher stehen als der NP. Sie wähen sich von de Klerk, der selbst zu Zeiten des Referendums von März 1992 das Gespräch mit ihnen nicht wirklich führte, getäuscht und verraten. Mit der Schwächung der NP ging der Verlust ihrer Geschlossenheit einher. Es gibt deutliche Anzeichen dafür, daß mindestens fünf seiner Minister, darunter Verteidigungs- und Justizminister Kobie Coetsee und Polizeiminister Hernus Kriel, sowie viele NP-Parlamentarier die Bedenken ihrer früheren Wähler gegen de Klerk teilen. Ihnen fehlt der Glaube an die Realisierbarkeit seiner Vorstellungen.

Es würde überraschen, würde dieser Widerstand in den eigenen Reihen nicht zum Sturz de Klerks führen oder aber — wahrscheinlicher — ihn zwingen, sich deren Vorstellungen von einem „Afrikaner Israel“, einem „Volksstaat“, zu eigen zu machen. Die restlichen ca. 25 Prozent der weißen Südafrikaner stützen den bislang kompromißlos harten Kern der KP oder aber faschistische Gruppen wie die AWB. Ihre Repräsentanten sind allem Anschein nach inzwischen aber auch bereit, zwar nicht mit der ANC/SACP-Allianz, wohl aber mit den „Regierungen“ der Bantustans über eine Neuordnung Südafrikas zu verhandeln. Es ist jedoch nicht auszuschließen, daß es Einzelpersonlichkeiten wie Abraham Viljoen vom Nationalen Friedenssekretariat und der britischen Diplomatie gelingen wird, die KP und selbst die AWB zu den unvermeidlichen Verhandlungen mit der ANC/SACP-Allianz zusammenzubringen. Ziel dieser Verhandlungen wird die Schaffung eines „Volksstaates“ sein, der nach den derzeitigen Vorstellungen von KP und AWB im Norden des Landes gelegen sein wird.

Mitte Mai 1993 schlossen sich 20 bis 30 Parteien und sonstige Gruppierungen des konservativ/reaktionären Lagers zu der „Afrikaner Volksfront“ (AVF) zusammen. Sie verbindet häufig wenig außer dem Wunsch nach einem „Afrikaner Volksstaat“.

⁵ Siehe dazu das Interview mit General a.D. Martinus Groenewald, Jugoslawien am Kap, in: Der Spiegel, 22/1993, S. 174-177.

Die moderaten unter ihnen argumentieren ähnlich der deutschen Regierung, wenn sie von Moskau die Wiederherstellung der Republik der Wolgadeutschen fordert: die Schaffung eines Territoriums, in dem die anderen Ortes bestenfalls Geduldeten unter Wahrung ihrer kulturellen und sonstigen Identität eine Perspektive für sich und ihre Nachkommen entwickeln können („*sacrificial partition*“). Daneben gibt es heute — Ausdruck der bisherigen Zerrissenheit des „konservativen“ Lagers — ungezählte andere Konzeptionen des Volksstaates. Streitig ist insbesondere, wo in Südafrika er gelegen sein soll, ob im Norden des Landes (wie bereits erwähnt), ob im ariden Nordwesten der Kap-Provinz oder aber im westlichen Kap. Letzteres ist wohl immer noch die wahrscheinlichste Option, denn hier würde ein Volksstaat wirtschaftlich am ehesten lebensfähig sein. Trotz der auch in dieser Region vorhandenen ethnischen Gemengelage wird sich der unvermeidliche Bevölkerungsaustausch hier am ehesten begrenzen lassen. Und schließlich ist unstrittig, daß bei Ankunft der ersten europäischen Siedler Mitte des 17. Jahrhunderts schwarze Afrikaner hier noch nicht lebten.

Es ist davon auszugehen, daß die AVF derzeit um die Erarbeitung einer einheitlichen Position bemüht ist. Wenn ihr das gelingt, wird sie für die ANC/SACP-Allianz ein wichtigerer Verhandlungspartner sein als die Regierung de Klerk. Ihr ist nur zu bewußt, daß die AVF nicht nur mit den erst vor kurzem pensionierten Generälen Constand Viljoen und Martinus Groenewald über charismatische Führer verfügt, sondern jene weiterhin unter den Reservisten und den aktiven Soldaten der SADF wie auch den SAP-Angehörigen über viel Autorität verfügen. Mit anderen Worten, SADF, SAP wie auch große Teile der (weißen) Bürokratie sind vielleicht schon heute eher die Machtinstrumente der AVF als der Regierung de Klerk. Die AVF wird weiter dadurch an Stärke gewinnen, daß sie die IFP sowie die „Regierungen“ Bophutatswanas und Ciskeis — Pretoria hat seine Marionetten seit September 1992 zunehmend fallenlassen — für ihre Ziele einspannt.

Die AVF hat nicht nur die Möglichkeit, durch das Auslösen von Streiks — dies vor allem im Bereich der Energieversorgung — oder Unruhen die Arbeitsaufnahme des TEC und später die Abhaltung der für April 1994 vorgesehenen allgemeinen Wahlen zu verhindern. Die Ermordung Chris Hanis im April 1993 und der Sturm von AWB-Angehörigen auf das Welthandelszentrum im Juni 1993 sollten auch der Außenwelt klargemacht haben, über ein wie großes Potential des Zerstörens die AVF verfügt. Wichtiger noch als die Aktion der AWB war der Umstand, daß die zur Bewachung der Konferenz eingesetzten (weißen) Polizisten sie widerstandslos geschehen ließen und in die von der AWB im Welthandelszentrum angestimmten Gesänge und Gebete einstimmten. Die AWB hat mit ihren ca. 50.000 Angehörigen — soweit sie männlich sind, verfügen sie über Kampferfahrung aus den Kriegen in Angola und Namibia — die Machtmittel, jederzeit einen Bürgerkrieg auszulösen.

Sie daran zu hindern, ist heute für die ANC/SACP-Allianz und gleichermaßen für die Regierung de Klerk außerordentlich wichtig. Da sie die AWB nicht ausschalten können, gilt es, sie so weit als möglich zu schwächen. Das wird — so die übrigen Parteien in der AVF sich auf eine gemeinsame und realistische Position einigen

können — am ehesten dadurch möglich sein, daß die Allianz diese AVF-Position von einem „*Afrikaansen Volksstaat*“ übernimmt. Die Regierung de Klerk wird eine solche Entwicklung sofort mittragen. Schließlich hat kein Geringerer als Wimpie de Klerk, der ältere Bruder und sehr enge Berater des Staatspräsidenten, zu Beginn des Verhandlungsprozesses geäußert: „Ich denke nicht, daß eine Teilung Südafrikas im gegenwärtigen Klima eine lebensfähige Alternative ist... Aber wer weiß, in dem Maße, in dem sich Verhandlungen hinziehen und sich Sackgassen entwickeln..., könnte solche Alternative eine Option werden, auf die in Zukunft zu achten sein wird“⁶.

Es ist mithin sehr wohl vorstellbar, daß sich die Allianz ANC/SACP einerseits und die Regierung de Klerk und der moderate AVF-Flügel andererseits, die Alternative der Zerstörung Südafrikas vor Augen, auf die Schaffung des „*Afrikaaner Israel*“ verständigen werden. Dem wird sich jedoch der faschistische Flügel in der AVF ebenso wie der PAC und auch die gefolgschaftsstarke Jugendliga des ANC widersetzen. Es bleibt abzuwarten, ob ihr Widerstand mittels drakonischer Notstandsmaßnahmen zu überwinden sein wird. Wenn nein, so droht auch jetzt noch ein Bürgerkrieg. An dessen Ende würde ein Land entstehen, das in deutlich mehr als zwei (von Grund auf zerstörte) Staaten zerbrochen sein würde.

⁶ Zitiert nach Dries van Heerden, Partition and the Reasonable Right, in: Sunday Times, 18. 3. 1990. Vgl. auch Partition may be negotiable — Slabbert, in: The Star, 5. 4. 1990.